

Was besagen Abbrecherquoten? DHV kritisiert politische Schuldzuweisungen (Resolution des 65. DHV-Tages in Mainz)

I. Hohe Studienabbrecherzahlen

Jeder dritte Bachelor-Studierende der Jahrgänge 2008 und 2009 hat das Universitätsstudium ohne Abschluss beendet. Hohe Abbrecherzahlen weisen insbesondere die Mathematik und Naturwissenschaften auf. Zwei von fünf Studierenden erreichen in dieser Fächergruppe keinen Bachelorabschluss. In den Ingenieurwissenschaften war es lange Zeit jeder zweite, inzwischen ist es jeder dritte Bachelor-Studierende, in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ist es nach wie vor jeder vierte, der das begonnene Fachstudium nicht abschließt.

II. Politische Schuldzuweisungen

Die staatliche Hochschulpolitik hat die Abbrecherquoten als politisches Problem ausgemacht. Sie will die Hochschulen zukünftig auf den Studienerfolg verpflichten. Finanzausweisungen an die Hochschulen werden inzwischen bundesweit an die Absolventenzahlen im Regelstudium geknüpft. Faktisch werden dadurch Hochschulen mit hohen Abbrecherquoten bestraft. In Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland mit der höchsten Hochschuldichte, kursierten zum Frühjahr 2014 sogar gesetzgeberische Pläne, Höchstquoten für Studienabbrecher festzuschreiben.

Die dahinterstehende Logik ist stets die gleiche: Den Hochschulen wird relativ unverhohlen eine (Teil-)Verantwortung für den Studienabbruch zugeschoben. Sie werden daher durch staatliche Anreiz- und Bestrafungsmechanismen dazu angehalten, die „Drop Out“-Quoten zu senken.

Dazu stellt der Deutsche Hochschulverband (DHV) fest:

1) Keine falschen Konnotationen von „Studienabbruch“

Die Gründe, die zu einem Studienabbruch führen, sind vielfältig. Studienabbrecher sind keine Versager. Viele Studierende der Philosophischen Fakultät empfinden ein Berufsangebot vor Abschluss des Studiums als Erfolg. Häufig wechseln Studierende das Fach oder die Universität, weil sie feststellen müssen, dass ihre ursprüngliche Wahl nicht ihren Interessen und Fähigkeiten entspricht. Auf einen akademischen Abschluss wollen sie aber keinesfalls verzichten. Jeder Fall ist deshalb differenziert zu beurteilen und entzieht sich einer pauschalen Statistik. Richtig ist aber, dass Studienabbrecher finanzielle und personelle Ressourcen der Hochschulen binden. Bis zu einem gewissen Grad hält der DHV das aber für unvermeidbar. Bildungsbiographien sind in der Praxis keine planbaren Baukastenmodelle, sondern weisen Umwege und Brüche auf. Ein freiheitliches System muss das nicht nur ertragen können, sondern auch für diese Umwege und Brüche Ressourcen zur Verfügung stellen.

Statistisch zählen zu „Studienabbrecher“ im Übrigen auch nur pro forma eingeschriebene Studierende, die de facto ein Studium niemals aufgenommen und betrieben haben.

2) Abbrecherquoten als Folge der Bildungspolitik

a) Studierquote

Mit dem Kampf gegen zu hohe Abbrecherquoten lenkt die staatliche Bildungspolitik von ihrem eigenen Versagen ab. Durch die Reformen der letzten Jahre wurden die Schul- und Studienzeiten verkürzt. Die Hochschulen sehen sich immer mehr dazu genötigt, Studierwillige durch Brückenkurse zur Hochschulreife zu führen. Hohe Studierquoten, die bildungspolitisch gewollt sind, müssen zwangsläufig zu hohen Abbrecherquoten führen, wenn die Ausbildungsqualität auch nur annähernd gleich bleiben soll.

b) Betreuungsrelation

Das vom DHV jährlich aktualisierte Universitätsbarometer weist nach, dass sich das zahlenmäßige Verhältnis von Studierenden pro Universitätsprofessor kontinuierlich verschlechtert hat. Es liegt derzeit im Durchschnitt bei 65 Studierenden pro Hochschullehrer.

2012 waren es noch 64 Studierende, 2010 60. Gute Betreuungsrelationen können Studienabbrüche vermeiden helfen. Vor diesem Hintergrund fordert der DHV Bund und Länder dazu auf, für eine auskömmliche Grundfinanzierung der Hochschulen zu sorgen und für die zuletzt vom Wissenschaftsrat zu Recht geforderten zusätzlichen 7.500 Professuren bundesweit eine Finanzierung zur Verfügung zu stellen.

c) Bologna-Reform

Die staatliche Hochschulpolitik hat selbst durch rigide administrative Vorgaben bei der Umsetzung der Bologna-Reformen erhöhte Studienabbrecherzahlen begünstigt. Die modularisierte Studienstruktur hat sich als zu starr erwiesen. Das mit der Bologna-Reform vor 15 Jahren verbundene Versprechen, die Studienabbrecherquoten zu senken, ist unerfüllt geblieben. Sowohl in den verbliebenen Staatsexamen-Studiengängen als auch in den nunmehr auslaufenden Magister- und Diplom-Studiengängen fallen die Abbruchraten geringer aus.

3) Keine Abstriche bei Qualitätsstandards

Versuche, Hochschulen für Studienabbrecherquoten politisch haftbar zu machen, sind autonomie- und wissenschaftsfeindlich. Sie nähren die Vorstellung, für Misserfolge in einem Studienfach seien vornehmlich die Hochschule - in Person die Hochschullehrer und Dozenten - verantwortlich. Das ist nach Auffassung des DHV falsch. Hochschulen haben die wichtige Aufgabe, künftige Generationen für akademische Berufe auszubilden. Für den Studienerfolg bürgen können sie jedoch nicht. Bei der Vergabe von Hochschulabschlüssen müssen allein objektive Leistungskriterien ausschlaggebend bleiben. Höchstquoten für Studienabbrecher sind korrumpierend und laufen auf eine Absenkung von Qualitätsstandards hinaus. Die Gesellschaft benötigt qualifiziert Ausgebildete, nicht unterqualifizierte Absolventen, deren Abschlüsse der „Planerfüllung“ politischer Kennzahlen dienen. Der DHV ruft alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die als Prüferinnen und Prüfer tätig sind, dazu auf, ihren gesellschaftlichen Auftrag als Prüfer wahr und ernst zu nehmen. Er fordert zugleich die staatliche Hochschulpolitik dazu auf, den Studienabbruch nicht zum Gegenstand von Finanzzuweisungsmodellen zu machen.

4) Mehr Unterstützung für Studienabbrecher

Gleichwohl bleiben Hochschulen dazu aufgerufen, alles zu tun, um Studienabbruch vermeiden zu helfen. Um generell die Chancen auf einen Studienerfolg zu erhöhen, hält der DHV eine umfassende Studienberatung für unerlässlich. Auch hochschulinterne Auswahl- und Aufnahmeverfahren tragen nach Auffassung des DHV dazu bei, den Studienerfolg zu sichern.

Unterstützung benötigen insbesondere diejenigen, die zu der Überzeugung gelangen, dass eine akademische Ausbildung für sie nicht das Richtige ist. Der DHV beobachtet mit Sorge, dass seit mehr als zehn Jahren mindestens drei Viertel der Schulabsolventinnen und Schulabsolventen die hochschulische der beruflichen Ausbildung vorzieht. Der DHV befürwortet daher alle Bestrebungen, Studienaussteiger für nichtakademische Ausbildungsberufe zu gewinnen.

Mainz, 24. März 2015